

## RESOLUTION

---

Bern, 11.11.2006

SGB-Migrationskommission

### **Stopp der Diskriminierung von MigrantInnen in der Arbeitswelt**

Der SGB-Kongress solidarisiert sich mit dem Kampf, den GewerkschaftskollegInnen und MigrantInnenorganisationen auf der ganzen Welt für die Rechte aller ArbeitsmigrantInnen führen. In der Arbeitswelt sollen alle dieselben Rechte und Chancen haben – unabhängig von der Herkunft.

MigrantInnen leisten einen wesentlichen Beitrag an Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Dennoch sind sie namentlich in der Ausbildung und am Arbeitsplatz benachteiligt. Sie haben grössere Probleme, eine Lehrstelle zu finden, sie haben tiefere Löhne und sind häufiger und länger arbeitslos. MigrantInnen ohne Aufenthaltsgenehmigung (sog. Sans-Papiers) fristen eine Randexistenz unter prekären Arbeitsbedingungen. Am härtesten treffen die Diskriminierungen die Frauen. Diese Benachteiligungen sind nicht nur ungerecht, sondern es wird dadurch auch ein riesiges Potenzial vernachlässigt. Der SGB wehrt sich dagegen und setzt sich für wirksame Integrationsmassnahmen im Vorschulbereich, in der Schule und am Arbeitsplatz ein.

### **Aufenthaltsicherheit schafft Integration**

Das revidierte Ausländergesetz (AuG) läuft dem Abbau von Diskriminierungen entgegen. Dass MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern über ihren Aufenthaltsstatus durch das Gesetz lange im Unsicheren gelassen werden können, erschwert deren Integration erheblich.

- Ermessensspielraum bei Niederlassungsbestimmungen ausschöpfen:  
Die Kantone müssen deshalb im Mindesten den vorhandenen Ermessensspielraum im AuG bei Erteilung der Niederlassungsbewilligung und beim Familiennachzug einheitlich, transparent und verlässlich zugunsten der MigrantInnen auslegen.
- Regularisierung der Sans-Papiers:  
Noch vor der Umsetzung des neuen AuG und des Schwarzarbeitsgesetzes braucht es eine Regularisierung für die Sans-Papiers. Besonders dringlich sind Aufenthaltsbewilligungen für eingeschulte Sans-Papiers-Kinder.

## **Chancengleichheit heisst Benachteiligungen beseitigen**

Damit MigrantInnen in der Schweizer Arbeitswelt gleiche Chancen haben wie SchweizerInnen, müssen Benachteiligungen in verschiedenen Bereichen beseitigt werden.

- Gleichberechtigter Zugang zur Arbeitswelt:  
Weil MigrantInnen bei Stellenbesetzungen auch bei gleicher Qualifikation weniger berücksichtigt werden, müssen diese möglichst anonym durchgeführt werden – wie das teilweise auch in den USA der Fall ist. Oft fehlt ihnen oft ein Beziehungsnetz in der Arbeitswelt, so dass sie es schwerer haben eine Stelle zu finden, sei es bei der Lehrstellensuche oder bei Arbeitslosigkeit. Hier braucht es Mentoring- und Coachingprogramme.
- Weiterbildungsoffensive:  
Gute Kenntnisse einer Landessprache sind fundamental für die Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt. Entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten, auch während der Arbeitszeit, sind deshalb unerlässlich und sollten in GAV geregelt werden. Die Anerkennung ausländischer Diplome ist zu verbessern. Weil auch nachträgliche Bildungsabschlüsse Türen in der Arbeitswelt öffnen, ist ein breites Angebot an berufsbegleitenden Ausbildungen zu gewährleisten.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:  
Zur gezielten Bekämpfung des Lohndrucks in Branchen mit hoher Ausländerbeschäftigung braucht es dringend die Erhöhung der Mindestlöhne und flächendeckende Kollektivverträge (GAV oder nationale NAV mit Mindestlöhnen) - so z.B. in den Bereichen Privathaushalte und Landwirtschaft. Innerhalb von Unternehmen und Branchen müssen ArbeitnehmerInnen für gleiche Arbeiten gleiche Löhne bezahlt werden.